

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Kogler, Glawischnig-Piesczek, Brunner, Kolleginnen und Kollegen  
betreffend „Offensive Abschalten Jetzt! - gegen grenznahe Risiko-AKWs“

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemäß § 19 Absatz 2 GOG zum Thema "Aktuelle Perspektiven der österreichischen und europäischen Energiepolitik nach Fukushima"

## **Trauer und Hoffen für die Menschen in Japan**

Während das ganze Ausmaß der tragischen Ereignisse in Japan noch nicht abzusehen ist, sind wir mit unseren Gedanken und unserem Mitgefühl bei den Opfern dieser dreifachen Katastrophe. In dieser schweren Stunde sind unsere Gedanken bei den abertausenden Menschen, die ihr Hab und Gut, ihre Behausungen, sogar ihre Dörfer und Städte und nicht zuletzt ihre Angehörigen verloren haben. Sie sind auch bei den vielen Helferinnen und Helfern, die nach Überlebenden suchen, die Leichen bergen und in Fukushima unter Einsatz ihres Lebens versuchen, die nukleare Katastrophe wenigstens einzudämmen. 25 Jahre nach Tschernobyl hoffen wir für die Menschen in Japan, dass der endgültige atomare Super-GAU nicht eintreten wird und stehen an ihrer Seite.

## **Geschehnisse in Japan sind eine Zäsur: Atomzeitalter beenden**

Die unfassbare Atomkatastrophe in Japan hat auch eine neue Debatte um die Sicherheit und die Zukunft der Atomkraftwerke in Deutschland entfacht. Auch wir Grüne hätten uns nie vorstellen können, dass es in einem Hightech-Land wie Japan zu einer so verheerenden Kettenreaktion in einem Atomkraftwerk kommen kann, wie es in Fukushima der Fall ist. Dass es aufgrund äußerer Einflüsse gleichzeitig in sechs Reaktoren zu unbeherrschbaren Prozessen kommen könnte, haben auch wir uns in unseren schlimmsten Bedenken gegenüber dieser Technik nie ausmalen können. Deswegen sind die Geschehnisse in Japan auch für uns Grüne eine Zäsur.

Die Bilder, die aus Japan zu uns kommen, konfrontieren uns seit Tagen mit den Grenzen von Mensch und Technik. Wir lernen wieder welche Bedrohung mit dem Wort Restrisiko versteckt wurde. Da für kein Atomkraftwerk große Kernschmelzunfälle ausgeschlossen werden können, ist es für uns ein Gebot der Vernunft, EU-weit aus der Atomkraft auszusteigen. Der Atomausstieg muss rasch und konsequent betrieben werden damit Europa das Kapitel Atomenergie so schnell wie möglich schließen kann.

## **Atomausstieg ist zwingend, möglich und machbar**

Ein Ausstieg in Europa ist möglich, wenn die Milliardensubventionen und Förderungen eingestellt und stattdessen massive Investitionen in erneuerbare Energien (Ökostrom) und Energieeffizienz getätigt werden. Die ältesten acht

deutschen AKWs erzeugen gerade soviel Strom wie Deutschland netto exportiert. Sie könnten abgeschaltet werden, ohne dass auch nur eine Glühlampe flackert.

### **Bundesregierung betreibt reine Placebo-Diplomatie**

Doch was uns die Bundesregierung in der Diskussion um die Sicherheit und den Ausstieg aus der Kernenergie seit Fukushima bietet, ist reine Placebo-Diplomatie.

Zwar rühmt sich Bundesminister Berlakovich, den „Stresstest“ für europäische AKWs vorgeschlagen und durchgesetzt zu haben. Doch dieser Vorschlag von Energiekommissar Oettinger ist ein fadenscheiniges Ablenkungsmanöver, der mehr zur Ruhigstellung der EU-BürgerInnen denn zur Verbesserung ihrer Sicherheitssituation beiträgt. Von diesem Stresstest profitiert nur einer: die Atomindustrie in Europa. Denn de facto heißt Zeitplan des Stresstests, dass jetzt erst einmal ein Jahr lang Gras über die Sache wachsen kann.

Die Einladung an die Chefs der europäischen Atomkonzerne, die Kriterien für den Stresstest jetzt auch noch selbst zu gestalten, zeigt, wie ernst Oettinger es wirklich meint. Die Betreiberfirmen haben kein Interesse an strengen Tests, die zu teuren Umrüstungsmaßnahmen oder gar zum Abschalten der Altreaktoren führen könnten. Lobbyisten der Atomwirtschaft waren in der Vergangenheit so erfolgreich, dass im Atombereich nur Alibigesetzgebung möglich war. Die EU Kommission und die europäischen Atomkonzerne haben bisher gemeinsam höchste Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke verhindert. Es fällt deshalb schwer an die Ernsthaftigkeit der Stresstests zu glauben.

### **Sofortige Abschaltung aller Hochrisiko-Reaktoren in Europa**

Wir haben genug Informationen über die Pannenreaktoren in der EU. Der europäische Atomausstieg kann und muss daher sofort in Angriff genommen werden. Begonnen werden muss mit der endgültigen und unwiderruflichen Stilllegung jener Anlagen haben, von denen derzeit die größten Risiken ausgehen. Dazu zählen vier Kategorien von Atomkraftwerken:

- a. Die fünf deutschen Siedewasserreaktoren Brunsbüttel, Krümmel, Isar 1 und Philippsburg 1, Grundremmingen (ähnlich dem Typ Fukushima ). Diese Meiler sind nur wenig jünger als die havarierten Reaktoren in Japan und wurden von Sicherheitsexperten aktuell wiederholt scharf kritisiert. Ebenso die Schweizer AKW Leibstadt und Mühleberg, beides ebenfalls veraltete Siedewasserreaktoren.
- b. Alle AKW in Erdbebengebieten (dazu zählen u.a. das AKW Krsko in Slowenien und das AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg).
- c. Alle AKW ohne Schutzhülle (kein Containment = Stahlschutzhülle): Dazu zählen u.a. die grenznahen AKW Mochovce, Dukovany, Paks, Bohunice)
- d. Alle Atomkraftwerke, die entweder älter als 30 Jahre sind bzw. schwerwiegende Sicherheitsmängel aufweisen. Dazu zählen u.a. die vier deutschen AKW Biblis A und B (Betriebsstart 1974 und 1976), Neckarwestheim I (1976) und Unterweser (1978), aber auch AKW in Großbritannien (insbesondere Wylfa, Oldury und Sellafield), Frankreich (insbes. Blayais, Bugey, Dampierre, Fessenheim, St-

Laurent), Belgien (Doel, Tihange) und den Niederlanden (Borssele). Keines dieser AKW ist ausreichend gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze oder Terroranschläge geschützt. Insbesondere die AKW in Osteuropa weisen gravierende Sicherheitsmängel auf.

### **Offensive Abschalten Jetzt! gegen grenznahe Risiko-AKW**

Absolute Priorität muss der endgültigen Stilllegung der Hochrisiko-AKW rund um Österreichs Grenzen eingeräumt werden. Bundeskanzler Faymann und Umweltminister Berlakovich müssen unverzüglich die Forderung nach einer sofortigen und dauerhaften Stilllegung der grenznahen Risiko-AKW direkt bei den jeweiligen Staats- und Regierungschefs bzw. Umweltministern deponieren.

Davon betroffen sind die folgenden AKW: Bohunice, Mochovce (Slowakei), Dukovany, Temelin (Tschechien), Paks (Ungarn), Krsko (Slowenien), Gösgen, Beznau 1+2, Mühleberg, Leibstadt (Schweiz), Isar 1, Neckarwestheim und Grundremmingen (Deutschland),

Weiters sind Bundeskanzler Faymann und Umweltminister Berlakovich gefordert, den Stopp bzw. die Rücknahme geplanter grenznaher AKW-Erweiterungen, Neubauten und nukleare Wiedereinstiegspläne an Österreichs Nachbarländern zu erwirken. Dies betrifft insbesondere die Slowakei (Mochovce 3 und 4), Bulgarien (Belene), Italien (Monfalcone und Chioggia).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

"Die Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler, der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend werden aufgefordert, unverzüglich eine diplomatische Offensive mit dem Ziel einzuleiten, die rasche und unwiderrufliche Abschaltung aller grenznaher Risikoreaktoren sowie die Beendigung bzw. Rücknahme bestehender Ausbaupläne zu erwirken. "

The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains two signatures, and the bottom row contains three. The signatures are stylized and difficult to read, but they appear to be the names of the members who signed the resolution.